



171/2006

Kiel, 27. November 2006

Vorschau auf die Landtagssitzung: Aktuelle Stunde zu Auswirkungen von „Killerspielen“ auf Gewaltbereitschaft

Kiel (SHL) – *Mit einer Aktuellen Stunde startet der Landtag in seine 17. Tagung, die am Mittwoch um 10:00 Uhr beginnt. Auf Antrag von CDU und SPD wird über die Auswirkungen der so genannten Killerspiele auf die Gewaltbereitschaft von Kindern und Jugendlichen diskutiert.*

Nächstes Thema der dreitägigen Landtagssitzung sind die **Ladenöffnungszeiten**. Der von CDU und SPD vorgelegte Gesetzentwurf (Drs. 16/996) wird in Zweiter Lesung beraten. Die Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses (Drs. 16/1085) wurde mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP bei Ablehnung durch die GRÜNEN gefasst. Demnach sollen Geschäfte künftig von Montag bis Sonnabend ohne zeitliche Einschränkung ihre Pforten öffnen können. Der Sonntag aber wird weitgehend ein Ruhetag bleiben. Nur an vier Sonntagen im Jahr soll es längstens bis 18 Uhr in der Kasse klingeln können, etwa anlässlich von Stadt- und Sommerfesten. Die Adventssonntage sind davon ausgenommen, ebenso wie Karfreitag, 1. Mai, Oster- und Pfingstsonntag, Volkstrauertag und Totensonntag. Zu den Änderungen, die der Ausschuss vorschlägt, zählt eine Regelung im Sinne der Arbeitnehmer: Angestellte können verlangen, an einem Sonnabend im Monat vom Dienst freigestellt zu werden. Die Neuregelung des Ladenschlusses könnte schon zum 1. Dezember in Kraft treten.

Es folgt die Debatte über einen Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum **Berufsbildungsgesetz** (Drs. 16/998). Darin wird gefordert, dass an den Berufsschulen komplette Berufsausbildungsgänge angeboten werden sollen. Ebenso wie die Ausbildung im dualen System ist in dem Antrag ein Abschluss mit einer Kammerprüfung vorgesehen. Damit will die Oppositionsfraktion dem Lehrstellenmangel begegnen und die Abschiebung abgewiesener Bewerber in „Warteschleifen“ wie Berufsvorbereitungsjahre eindämmen. Der Antrag verweist darauf, dass dieses Modell bereits in vier anderen Bundesländern praktiziert werde. Hintergrund: In Schleswig-

Holstein arbeiten seit 1997 Wirtschaftskammern, Arbeitsagenturen und Gewerkschaften im Bündnis für Ausbildung zusammen. Dadurch belegt der Norden regelmäßig einen bundesweiten Spitzenplatz in diesem Bereich, Ende August dieses Jahres waren nach Angaben der Landesregierung 14.200 Ausbildungsverträge für das neue Ausbildungsjahr abgeschlossen – ein Zuwachs von vier Prozent gegenüber dem Vorjahr. Dennoch blieben rund 1.000 Bewerber ohne Lehrstelle.

Danach geht es um einen Antrag der Landesregierung auf **Einwilligung in die Veräußerung des Geheges „Christianslust“** (Drs. 16/1069). Nach dem Willen des Landwirtschaftsministeriums soll das rund 400 Hektar große Areal zwischen St. Michaelisdonn und Burg in Dithmarschen für 2,5 Millionen Euro an Breido Graf zu Rantzau gehen, dessen Familie in Schleswig-Holstein seit Jahrhunderten Waldwirtschaft betreibt. Die Landesregierung entscheidet sich damit gegen ein um 314.000 Euro höheres Angebot eines Bremer Investors. Dieser habe in seinem Waldbesitz in anderen Bundesländern „mehrfach gegen die Gebote der nachhaltigen Forstwirtschaft verstoßen“, heißt es zur Begründung. Christianslust bildet eine Ausnahme zum angekündigten Verzicht auf die Privatisierung der staatlichen Wälder. Begründung: Der Wald gehöre zum so genannten „Streu- und Splitterbesitz“ und sei darum unwirtschaftlich. So liege Christianslust 50 Kilometer vom Verwaltungssitz des zuständigen Forstamtes Rantzau entfernt. Zudem drohen Mehrkosten, weil das Dienstgebäude in der „grünen Lunge Dithmarschens“ im vergangenen Jahr abgebrannt ist und für rund 350.000 Euro wieder aufgebaut werden müsste. Der Erlös aus dem Verkauf soll nun dem Sondervermögen Wald zugeschlagen und die Mitarbeiter sollen auf andere Arbeitsstellen verteilt werden.

Am Nachmittag wird im Parlament über das **Sportwetten- und Lotteriewesen** diskutiert. In einer einstimmigen Beschlussempfehlung hat der Finanzausschuss (Drs. 16/1070) die Landesregierung aufgefordert, sich beim Bund dafür einzusetzen, dass man die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes in der Sache abwartet. Erst dann solle über die für Dezember geplante Neufassung des Staatsvertrages entschieden werden. Hintergrund ist das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 28. März dieses Jahres. Karlsruhe hatte entschieden, dass ein staatliches Monopol für Sportwetten nur dann aufrecht erhalten werden darf, wenn es konsequent am Ziel der Bekämpfung von Suchtgefahren ausgerichtet ist. Die für das Glücksspiel zuständigen Länder haben daraufhin mit Verhandlungen über eine Neufassung ihrer Regeln begonnen und Ende September auf der Sportministerkonferenz das staatliche Monopol erneut bekräftigt.

In Erster Lesung wird anschließend über eine **Änderung des Landesbesoldungsgesetzes** beraten, die die Landesregierung einbringt (Drs. 16/1077). Die Landesregierung will den Tarifabschluss für öffentlich Bedienstete vom Frühjahr auch auf die Beamten und Pensionäre übertragen. Entsprechend der zwischen der Tarifgemeinschaft der Länder und den Gewerkschaften getroffenen Vereinbarung sollen die Landesbeamten im Juli und Dezember 2006 sowie im September 2007 jeweils eine sozial gestaffelte Einmalzahlung erhalten. Beamte bekommen somit die gleichen Zahlungen wie Angestellte. Ebenfalls übernommen wird die 2,9-prozentige Gehalts-

steigerung zum 1. Januar 2008. Diese Summen werden anteilig auch an Pensionäre und Hinterbliebene ausgezahlt. Laut Finanzministerium kosten diese Gehaltsanpassungen 15,3 Millionen Euro im Jahr 2006 und 12,6 Millionen im Jahr 2007. Durch die für den Jahresanfang 2008 vorgesehene Erhöhung der Besoldung werden insgesamt 63,68 Millionen Euro fällig.

Ebenfalls in Erster Lesung geht es dann um die Fusion der zurzeit noch beim Kieler Weltwirtschaftsinstitut angesiedelten Deutschen Zentralbibliothek für Wirtschaftswissenschaften (ZBW) mit einem Teil des Hamburger Weltwirtschaftsarchivs (HWWA) zur **öffentlich-rechtlichen Stiftung „Deutsche Zentralbibliothek für Wirtschaftswissenschaften – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft“** (Drs. 16/1065). Über diesen Zusammenschluss haben die beiden Landesregierungen bereits einen Staatsvertrag abgeschlossen, der nun dem Landtag zur Ratifizierung vorliegt. Die Kosten für den Zusammenschluss von gut zwei Millionen Euro werden im Jahr 2007 zu 52 Prozent von Schleswig-Holstein und zu 48 Prozent von Hamburg getragen. Über die Kosten in den folgenden Jahren steht eine Einigung noch aus.

Danach legt die Landesregierung dem Landtag ein **Gesetz über die Verwendung der Kompensationsmittel des Bundes zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden** (Drs. 16/1067) vor. Dieses Landesgesetz soll die bundesgesetzliche Regelung ablösen, die seit den 60er Jahren in Kraft war. Hintergrund: Im Rahmen der Föderalismusreform ist dieser Bereich in Länderhoheit übergegangen. Nach Angaben des Verkehrsministeriums hat der Bund bisher rund 1,3 Milliarden Euro jährlich für diese Verkehrsförderung ausgeschüttet, davon 43 Millionen nach Schleswig-Holstein. Das neue Landesgesetz, das bis 2019 gültig bleiben soll, nennt keine Zahlen über die zukünftige Förderung in Schleswig-Holstein.

Über die Auswirkungen der geplanten **Gesundheitsreform** auf Schleswig-Holstein wird die Landesregierung danach auf Antrag der FDP (Drs. 16/1076) mündlich berichten. Das Gesetzgebungsverfahren auf Bundesebene sollte ursprünglich zum Jahresbeginn 2007 abgeschlossen sein. Inzwischen hat sich die Berliner Koalition auf den 1. April 2007 verständigt. Grund für die Verschiebung sind Proteste aus Verbänden und aus der Politik.

Nächstes Thema ist die **Neuaufrichtung des Tourismus in Schleswig-Holstein**. Diese fordern CDU und SPD fordern auf der Basis eines Gutachtens der Unternehmensberatung Roland Berger (Drs. 16/1081). Demnach soll sich Schleswig-Holstein auf bestimmte Zielgruppen wie Senioren und Familien mit kleinen Kindern konzentrieren und die zurzeit 225 kommunalen Tourismusverbände zu „schlagkräftigen Einheiten“ zusammenführen. Der zuständige Wirtschaftsminister soll im Februar im Wirtschaftsausschuss über die Neuorganisation berichten.

Am **Donnerstag, 30. November 2006**, geht es zunächst um **Familienpolitik in Schleswig-Holstein**. Grundlage der Debatte ist die Antwort der Landesregierung auf eine Große Anfrage der CDU dazu (Drs. 16/1068). In ihrer 90-seitigen Antwort

nimmt die Landesregierung zu verschiedenen Aspekten dieses Themenbereichs Stellung. Einige Punkte des Papiers aus dem Sozialministerium:

- **Vereinbarkeit von Familie und Beruf:** Für die rund 55.000 Landesbeschäftigten gibt es die Möglichkeit, sich etwa durch Teilzeitarbeit, ein Sabbatjahr oder Beurlaubung intensiver um den Nachwuchs zu kümmern. Angesichts der demografischen Entwicklung und eines zu erwartenden erheblichen Mangels an Schulabgängern im Jahr 2020 erkennt nach Darstellung des Ministeriums auch die Wirtschaft zunehmend die Bedeutung des Themas und engagiert sich in Projekten wie „Standortfaktor Familienfreundlichkeit“ oder „Chefsache Familie“. Elf Beratungsstellen „Frau und Beruf“ kümmern sich um den beruflichen Wiedereinstieg nach einer Kinderpause.
- **Kinderbetreuung:** Die Zahl der Kindergartenplätze ist landesweit dem Regierungsbericht zufolge zwischen 1990 und 2002 von knapp 43.000 auf gut 87.000 angestiegen. Im gleichen Zeitraum erhöhte sich die Anzahl der Krippenplätze für Unter-3-jährige von 311 auf 2.092. Die monatlichen Elternbeiträge für ein Ganztagsbetreuung haben sich zwischen 1996 und 2003 im Schnitt von 138 auf 230 Euro erhöht. Genau Aussagen über die Entwicklung des Bedarfs in den kommenden Jahren enthält der Bericht nicht, da „landesweite Bedarfserhebungen nach einem einheitlichen Muster“ nicht vorgenommen würden.

Danach diskutiert der Landtag einen Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit der Überschrift **Kindertagesstätten zu Familienzentren weiter entwickeln** (Drs. 16/1079). Darin wird die Landesregierung aufgefordert, bis Mai 2007 ein Konzept zur Umwandlung der Kindertageseinrichtungen im Lande in Familienzentren vorzulegen. Diese Zentren sollen nach Vorstellung der Oppositionsfraktion „Dienstleistungsdrehscheiben“ sein, in denen die Angebote von Tagesmüttern, vorschulischer Sprachförderung und Familienberatung zusammengefasst sind. Entsprechende Angebote gibt es unter dem Namen „Early Excellence Center“ beispielsweise in Berlin und in München. Landesweit gibt es zurzeit 1.635 Kindertageseinrichtungen mit fast 94.000 Plätzen. Der Landeszuschuss beträgt 60 Millionen Euro jährlich.

Um die **Auskunftsrechte von Bürgerinnen und Bürgern** geht es in der darauffolgenden Debatte. Die drei Oppositionsparteien FDP, GRÜNE und SSW fordern die Landesregierung auf, die Auskunftsrechte der Bürger gegenüber der Polizei gemäß Paragraph 198 des Landesverwaltungsgesetzes zu gewährleisten (Drs. 16/1083). Hintergrund ist eine Beschwerde des Unabhängigen Landeszentrum für Datenschutz. Die Datenschützer hatten dem Innen- und Rechtsausschuss im September in einem vertraulichen Bericht Hinweise übermittelt, dass die Polizei ihrer Auskunftspflicht nicht ausreichend nachkomme. Paragraph 198 regelt unter anderem, dass dem Bürger „von der datenverarbeitenden Stelle auf Antrag gebührenfrei Auskunft zu erteilen“ ist, und zwar über „die zu ihr (der Person) gespeicherten Daten, den Zweck und die Rechtsgrundlage der Speicherung sowie die Herkunft der per-

sonenbezogenen Daten, die Empfänger von Übermittlungen und die Teilnehmer an automatisierten Abrufverfahren“.

Dann beschäftigt sich der Landtag mit dem Thema **Schutz und Förderung kleiner Kinder**. Der Sozialausschuss will als Reaktion auf die jüngsten Fälle von Verwahrlosung einen Diskussionsprozess anstoßen, in dem die betroffenen Behörden und Verbände alle rechtlichen und praktischen Fragen diskutieren, um zu einem landesweiten Netz von Vorsorgeangeboten zu kommen. Der Ausschuss betont die Pflicht der Eltern in diesem Bereich und fordert eine „frühzeitige Unterstützung im Sinne einer aufsuchenden Gesundheitsberatung“ (Drs. 16/1089). Gleichzeitig empfiehlt der Ausschuss dem Plenum mit den Stimmen von CDU und SPD, einen Antrag der GRÜNEN zur verpflichtenden Gesundheitsfürsorge für Kleinkinder abzulehnen (Drs. 16/1087). Die Oppositionsfraktion will Eltern gesetzlich vorschreiben, ihre Kinder zwischen dem 21. und 24. Lebensmonat gesundheitlich untersuchen zu lassen.

Nächstes Thema ist die bedarfsgerechte Gestaltung der **Migrationssozialberatung**. Hierzu hat die Landesregierung einen Bericht vorgelegt (Drs. 16/1073), in dem sie über die seit 1999 bestehenden und vom Land finanzierten Beratungsangebote informiert. Seit 2006 gilt ein Rahmenkonzept für dieses Angebot, das die Integrationsbegleitung von Migranten mit Daueraufenthalt regelt. Auch Migranten mit vorübergehendem Aufenthalt sind in Krisensituationen eine Zielgruppe der Migrationssozialberatung. In diesem Jahr hat das Land knapp 1,8 Mio. Euro für die Beratungsstellen ausgegeben. In den kreisfreien Städten Lübeck und Kiel sowie einigen Kreisen besteht laut Innenministerium eine Überversorgung mit Beratungsstellen, die ab 2007 korrigiert werden soll.

Am **Nachmittag** geht es dann zunächst um die **Zusammenarbeit mit der chinesischen Partnerregion Zhejiang**. Für den Ausbau der Kooperation hatte sich der Landtag in einem interfraktionellen Antrag ausgesprochen (Drs. 16/662). Gleichzeitig forderten die Parlamentarier für die Tagung einen schriftlichen Bericht der Landesregierung, der nunmehr vorliegt (Drs. 16/922) und über den Stand und die Fortentwicklung der Zusammenarbeit in Kernbereichen wie Wirtschaft, Umwelt, Wissenschaft und Forschung informiert. Die Partnerschaft des Landes mit der chinesischen Provinz besteht seit 20 Jahren.

Auf Antrag von CDU und SPD berichtet die Landesregierung danach mündlich über die aktuelle Lage auf dem schleswig-holsteinischen **Ausbildungsmarkt** (Drs. 16/1057,neu). In Schleswig-Holstein arbeiten seit 1997 Wirtschaftskammern, Arbeitsagenturen und Gewerkschaften im „Bündnis für Ausbildung“ zusammen. Ende August diesen Jahres waren nach Angaben der Landesregierung 14.200 Ausbildungsverträge für das neue Ausbildungsjahr abgeschlossen – ein Zuwachs von vier Prozent gegenüber dem Vorjahr. Dennoch blieben vor der im Oktober gestarteten Nachvermittlungsaktion rund 1.000 Bewerber ohne Lehrstelle.

In Erster Lesung wird anschließend über eine Änderung des **Landesbodenschutz- und Altlastengesetzes** beraten (Drs. 16/1063), die von der Landesregierung vorgelegt wurde. Ebenso wie beim auch in dieser Tagung ohne Aussprache behandelte

Abfallwirtschaftsgesetz will das zuständige Umweltministerium hier Regelungen streichen und damit zum Bürokratieabbau beitragen. So sollen in dem aus dem Jahr 2002 stammenden Regelwerk die Bestimmungen zur Festlegung von so genannten Bodengefährdungsgebieten gestrichen werden. Bei Planvorhaben muss die obere Bodenschutzbehörde nicht mehr zwingend eingebunden werden. Zudem sollen die Zuständigkeiten von Behörden zukünftig nicht mehr per Gesetz geregelt werden; eine Verordnung soll ausreichen. Das Ministerium weist darauf hin, dass die in der Verbandsanhörung im Sommer befragten 78 Verbände positiv auf die Novelle reagiert hätten.

Einen **Rat für Klimafragen** fordern BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in einem Antrag an den Landtag (Drs. 16/1053). Die Oppositionsfraktion will erreichen, dass gemeinsam mit Hamburg, Bremen und Niedersachsen ein solches Gremium gebildet wird. Es soll mit Fachleuten aus den Bereichen Klimaforschung, Wasserwirtschaft, Küstenschutz, Energie und Naturschutz besetzt werden und den Parlamenten der beteiligten Länder berichten.

Letztes Thema am Donnerstag ist die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der GRÜNEN zur **umfassenden und nachhaltigen Entwicklung des Sports in Schleswig-Holstein** (Drs. 16/1010). Nach Angaben des zuständigen Innenministeriums sind 2.732 von 4.408 Sportstätten in Schleswig-Holstein sanierungsbedürftig. Als Erklärung hierfür verweist das Ministerium auf eine Untersuchung des Landessportverbandes (LSV). Demnach ist die Zahl der Förderanträge der Vereine und Verbände rückläufig, weil die Kommunen die Projekte nicht mehr kofinanzieren können.

Seit 2004 beträgt die jährliche Fördersumme des Landes aus den Lottereeinnahmen 6,3 Millionen. Weitere Zuschüsse aus dem staatlichen Glücksspiel, wie die Abgaben aus der Glücksspirale für den LSV und aus dem Lotto und Toto für den Schleswig-Holsteinischen Fußballverband, sind in den letzten Jahren jedoch wegen sinkender Einnahmen der Lotterien zurückgegangen.

Insgesamt gibt es im Lande rund 2.700 Sportvereine mit insgesamt 860.000 Mitgliedern. Die beliebtesten Sportarten sind Turnen (132.000 Aktive) und Fußball (132.000). Größter Verein des Landes ist der VfL Pinneberg mit 5.831 Mitgliedern.

Am **Freitag, 1. Dezember 2006**, steht zunächst die Debatte über den **zweiten Opferschutzbericht** auf der Tagesordnung (Drs. 16/1075). Das federführende Justizministerium betont darin, dass ein kontinuierlicher Anstieg der Gewaltkriminalität seit Beginn der 90er Jahre festzustellen sei. Dies sei ein bundesweiter Trend, der insbesondere bei jüngeren Menschen erkennbar sei. Insgesamt wurden 2006 gut 36.000 Menschen in Schleswig-Holstein Opfer eines Verbrechens. Die Landesregierung hält die erreichte gesetzliche Regelung des Opferschutzes für ausreichend. Sie will den Opferschutz in der polizeilichen Praxis, bei der Justiz und den übrigen beteiligten Einrichtungen vorantreiben. Auch soll die bestehende Vernetzung bei der Opferbetreuung weiter ausgebaut werden.

Auf Antrag von CDU und SPD berichtet die Landesregierung anschließend über die Erfahrungen mit den so genannten **Regionalen Berufsbildungszentren** (RBZ) (Drs. 16/1074). RBZ sind Berufsschulen, die bei der Verwendung ihrer Finanzmittel und ihren Lehrinhalten weitgehend selbständig agieren. Das RBZ-Modell ist an 14 der 39 berufsbildenden Schulen im Lande ein Jahr lang erprobt worden. Das Bildungsministerium will nach den guten Erfahrungen aus der Erprobungszeit nun die rechtlichen Voraussetzungen für die Weiterentwicklung aller beruflichen Schulen zu Regionalen Berufsbildungszentren schaffen. Alle beruflichen Schulen sollen unabhängig davon, ob ihre Schulträger sie zu RBZ umwandeln, ab dem Schuljahr 2006/07 von den erweiterten Gestaltungsmöglichkeiten der jetzigen Modellschulen Gebrauch machen können.

Danach geht es um eine Forschungseinrichtung im Kreis Plön: In einem von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN initiierten interfraktionellen Antrag setzen sich auch CDU, SPD und SSW für den **Erhalt des Instituts für ökologischen Landbau in Trenthorst** (Kreis Plön) ein (Drs. 16/1055, neu, 2. Fassung). Medienberichten zufolge plant das Bundeslandwirtschaftsministerium, die Ressortforschung neu zu gestalten und die Zahl der Forschungsinstitute bundesweit von 71 auf 47 zu verringern. Teile der Trenthorster Einrichtung sollen demnach ins niedersächsische Mariensee umsiedeln. Hiergegen regt sich Widerstand: Die 80 Mitarbeiter wie auch der Förderverein sowie Bundes- und Landespolitiker verweisen darauf, dass sich Trenthorst in den fünf Jahren seines Bestehens zu einem führenden Forschungsstandort im Bereich des aufstrebenden Öko-Landbaus entwickelt habe.

Die **Ernährungs- und Lebensmittelforschung in Kiel** will die FDP stärken (Drs. 16/1084). Hier droht auf der Grundlage der o.g. Pläne der Bundesregierung eine Verlagerung des Instituts für Physiologie und Biochemie der Ernährung von Kiel nach Karlsruhe. Das Institut für Ökonomie der Ernährung soll nach Braunschweig gehen. Gegen diese Planungen soll die Landesregierung sich beim Bund für einen Ausbau der Ernährungsforschung in Kiel stark machen.

Einen mündlichen Regierungsbericht zu den aktuellen Änderungen bei den **Unterkunftskosten der Arbeitslosengeld II-Bezieher** beantragen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drs. 16/1078). Es geht um ein Urteil des Bundessozialgerichts zu den Wohnkostenzuschüssen sowie um den Anfang November erzielten Kompromiss zwischen Bund und Ländern über die Bundeszuschüsse zu den Wohngeldkosten der Städte und Gemeinden. Entsprechend soll sich der Bund im kommenden Jahr stärker an den Wohn- und Heizkosten von Arbeitslosengeld II-Empfängern beteiligen als bislang geplant. Die Berliner Koalitionsfraktionen haben einen Gesetzentwurf vorgelegt, wonach der Bund 4,3 statt der im Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt vorgesehenen 2 Milliarden Euro Ausgaben übernimmt. Das entspricht einer Beteiligungsquote von 31,8 Prozent. In den Jahren 2005 und 2006 lag sie noch bei 29,1 Prozent. Die Kommunen hatten 5,8 Milliarden Euro verlangt. In den Jahren nach 2007 soll nach dem Willen der Koalition die Veränderung der Zahl der ALG II-Bedarfsgemeinschaften maßgeblich für die Anpassung der Bundesbeteiligung sein.

Der Entwurf hat den Bundestag passiert und wurde in der vergangenen Woche erstmals im Bundesrat beraten.

Nächstes Thema ist auf Antrag der GRÜNEN die **Landstromversorgung für Schiffe in Häfen** (Drs. 16/1086). Die Landesregierung wird darin aufgefordert, eine Bundesratsinitiative zu starten, um in den Häfen für Landstromanschlüsse zu sorgen. Ziel ist es, die Nutzung schadstoffhaltiger Schweröle für die Stromversorgung an Bord wegen der Luft- und Lärmbelästigung zu beenden.

Letztes Thema der Sitzung ist die **Forst- und Holzwirtschaft**. Hierzu liegt ein Bericht der Landesregierung vor (Drs. 16/1071) . Demnach ist Schleswig-Holstein das waldärmste Flächenland in Deutschland: Während im Bundesdurchschnitt die Waldfläche bei rund 30 Prozent liegt sind es hierzulande knapp nur 9,9 Prozent. Die Aufforstung neuer Wälder auf zwölf Prozent der Landesfläche ist das erklärte Ziel der Landesregierung bis zum Jahr 2010. Demnach müssten rund 1.000 Hektar jährlich angelegt werden. Von de 155.000 Hektar Waldfläche im nördlichsten Bundesland wird rund die Hälfte (80.000 Hektar/51Prozent) privat bewirtschaftet; 52.000 Hektar (34 Prozent) sind Staatswald und 23.000 (15 Prozent) Körperschaftswald.

Weitere Informationen liefert die Landtagspressestelle im Internet unter www.sh-landtag.de bei *plenum online*.

***Kiel TV /Offener Kanal* überträgt die Plenartagung live im Fernsehen.**

Reihenfolge der Beratung der 17. Tagung

Hinweis: Soweit einzelne Tagesordnungspunkte durch Fettung hervorgehoben sind, ist der **Beginn der Beratung zeitlich festgelegt**.

TOP	ange- meldete Redezeit	Voraus- sichtl. Be- ginn der Beratung
Mittwoch, 29. November 2006		
1	90	10:00
4	30	11:30
19	30	12:00
24	30	12:30
15	-	
16	-	
2	5	
34	35	15:00
14	30	15:35
11	30	16:05
13	30	16:35
25	30	17:05
28	30	17:35
Donnerstag, 30. November 2006		
18	60	10:00
27	30	11:00
29	30	11:30
35 und 36	35	12:00
41	30	12:35
37	60	15:00

TOP		ange- meldete Redezeit	Voraus- sichtl. Be- ginn der Beratung
23	"Bündnis für Ausbildung"- Nachvermittlungsaktion	30	16:00
9	Änderung des Landesbodenschutz- und Altlastengesetzes	30	16:30
20	Rat für Klimafragen	30	17:00
17	Zur umfassenden und nachhaltigen Entwicklung des Sports	30	17:30
Freitag, 1. Dezember 2006			
43	Zweiter Opferschutzbericht	60	10:00
42	Abschluss des Projekts "Weiterentwicklung der Beruflichen Schulen zu Regionalen Berufsbildungszentren"	30	11:00
21	Institut für ökologischen Landbau in Trenthorst erhalten	30	11:30
30	Ernährungs- und Lebensmittelforschung in Kiel stärken	30	12:00
26	Aktuelle Änderungen bei den Unterkunftskosten von Arbeitslosengeld-II BezieherInnen	30	12:30
31	Landanschluss für Schiffe – externe Stromversorgung in Häfen	30	13:00
39	Forst- und Holzwirtschaft	30	13:30

Zu den folgenden Tagesordnungspunkten sind eine Aussprache sowie feste Zeiten des Aufrufs nicht vorgesehen.

TOP		Bericht- erstattung
3	Änderung des Gesetzes über die Versorgung der Steuerberaterinnen und Steuerberater	5
5	Änderung der Gemeindeordnung (GO)	5
6	Gesetz zur Änderung des Landesbeamtenengesetzes u. anderer Gesetze	5
7	Gesetz zum Neunten Rundfunkänderungsstaatsvertrag	-
8	Staatsvertrag über die Einrichtung eines gemeinsamen Studienganges für den Amtsanwaltsdienst und die Errichtung eines gemeinsamen Prüfungsamtes	-
10	Änderung des Landesabfallwirtschaftsgesetzes	
12	Staatsvertrag über die Übertragung von Aufgaben zur Errichtung und zum Betrieb eines gemeinsamen Registerportals der Länder	
14	Zweite Lesung des Gesetzentwurfes zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes	5
15	Zweite Lesung des Entwurfes eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Durchführung der Kriegsofferfürsorge	5
16	Zweite Lesung des Gesetzentwurfes zu dem Abkommen über eine gemeinsame Benennung von Überwachungsstellen nach dem Geräte- und Produktsicherheitsgesetz	5
22	Hightech-Strategie für Deutschland	-
32	Schleswig-Holsteinische Hochschulbauplanung	5
33	Zukunft des UKSH (Universitätsklinikum Schleswig-Holstein)	5
38	Haushaltsrechnung und Vermögensübersicht f. d. Haushaltsjahr 2005	-

Es ist beabsichtigt, den folgenden Punkt von der Tagesordnung abzusetzen. Die Beratung wird für die Januar-Tagung vorgesehen:

40	Kooperation von Jugendhilfe und Schule
----	--